

BRIEF AUS BERLIN

Liebe Leserinnen & Leser,

nachdem der Bundeskanzler seine Regierungserklärung vor dem Parlament in bekannter "Scholzomat"-Manier hinter sich gebracht hatte, trat Unions-Fraktionschef Friedrich Merz am gestrigen Donnerstag offenbar mit der Absicht ans Rednerpult, die anwesenden Abgeordneten wachzurütteln. In klarem Kontrast zu den vorangegangenen Minuten zeigte Merz in aller Deutlichkeit auf, wie groß die Kluft bei der links-gelben Koalition zwischen Anspruch und Realität ist. Die Bundesregierung muss den Worten bei der Unterstützung des Abwehrkampfes der Ukraine gegen Russland endlich Taten folgen lassen. Die Lieferung schwerer Waffen wie auch der Ringtausch mit den Osteuropäern wird angekündigt, passiert ist seitdem praktisch nichts. Deutsche Rüstungsunternehmen beklagen seit Wochen, dass sie keine Exportgenehmigung bekommen. Auch die Verhandlungen zum Sondervermögen Bundeswehr und zum 2-Prozent-Ziel kommen nicht vom Fleck, weil der Kanzler erneut keine Mehrheit in den eigenen Reihen hat. Allein auf die Geschlossenheit der Union kann er sich in diesen Fragen verlassen. Die gesamte Rede von Friedrich Merz können Sie [hier](#) ansehen.

Eine Übersicht zu den weiteren Themen der zurückliegenden Sitzungswoche finden Sie wie immer rechts. Ich freue mich auf Ihr Feedback und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Herzliche Grüße

Ihr

 Michael Frieser



DIE THEMEN DER WOCHE

Das Ende des Traums vom Eigenheim?



Finanzen: Das doppelte Spiel des Finanzministers



Analyse: Ampel-Vorschlag zur Wahlrechtsreform



Agentur für Arbeit

Ampel kippt Hartz-IV Sanktionen.



Das Ende des Traums vom Eigenheim?



Millionen von Menschen in Deutschland träumen von den eigenen vier Wänden. Das Eigenheim im Grünen oder die Eigentumswohnung in der Stadt sind Ausdruck von Selbstverwirklichung und gelebter Freiheit. Eigentumserwerb dient außerdem der Altersvorsorge. Unsere Grundüberzeugung als Union ist, dass dies weiterhin auch für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und insbesondere Familien möglich sein muss. Für eine zunehmende Anzahl an Menschen ist dieser Traum jedoch in die Ferne gerückt. Mit unserem Antrag „Den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen“ fordern wir Planungs- und Investitionssicherheit für Bauherren. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen für geförderten Eigentumserwerb und klimafreundliches Bauen. Bei der Explosion der Baukosten muss die Bundesregierung endlich konsequent gegensteuern. Spielräume sind zahlreich vorhanden! Kostentreibende Vorschriften müssen entschlackt, Genehmigungsverfahren beschleunigt und auch konkrete Entlastungen erreicht werden. So muss die Bereitstellung des Baukindergeldes sichergestellt und den Ländern ermöglicht werden, beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 EUR pro Erwachsenen und 150.000 EUR pro Kind einzuführen. Was versprochen wird, muss auch eingehalten werden: Die Bürger müssen sich auf staatliche Förderzusagen verlassen können. Die Lebensplanung vieler Familien hängt daran. Das hin und her um den plötzlichen Stopp der KfW-Förderung durch Bundeswirtschaftsminister Habeck war das Gegenteil von Verlässlichkeit und hat Träume platzen lassen.

Das doppelte Spiel des Finanzministers

Die Ampel verstrickt sich in finanzpolitische Widersprüche: Bundesfinanzminister Lindner kündigt an, dass ab 2023 die Schuldenbremse uneingeschränkt eingehalten werde, und vertritt zugleich eine bis dato nie dagewesene Neuverschuldung. Teile der Ampel fordern zusätzlich die Abschaffung der Schuldenbremse oder zumindest eine weitere Aussetzung mit Blick auf die Finanzierung der Projekte des Koalitionsvertrages, die der Bundeskanzler kürzlich noch zugesagt hat. Ähnliche Widersprüche zeigen sich auch in der Steuerpolitik. Während Bundesfinanzminister Lindner Steuersenkungen fordert, lehnen seine Koalitionspartner dies ab. Wir stehen für eine ganzheitliche Finanzpolitik: In einer Aktuellen Stunde haben wir dargelegt, wie wir uns glaubhaft für eine Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität einsetzen. Dabei dürfen wir nicht über unsere finanziellen Verhältnisse leben. Das ist für uns nicht zuletzt eine wesentliche Frage der Generationengerechtigkeit. Es braucht vernünftige Prioritätensetzungen und die Ampel muss bereit sein, liebgezwonnene Projekte zurückstellen. Spürbare Verbesserungen kann es nicht durch teure, selektive Einzelmaßnahmen geben, sondern durch systematische Entlastungen! Der Staat kann nicht alle Preissteigerungen auffangen, aber er muss Menschen in Not zur Seite stehen und darf über die Steuereinnahmen vor allem nicht an der Inflation verdienen ohne zurückzugeben. Der Abbau der kalten Progression muss zügig angegangen werden: Gehaltssteigerungen müssen im Geldbeutel der Arbeitnehmer landen – statt in der Staatskasse. Wir stehen für Entlastung, die alle Teile der Bevölkerung erreicht. Es ist für uns deshalb eine entscheidende Frage der Gerechtigkeit, dass die Energiepauschale auch Studierenden und Rentnern zugutekommt. Deutschland braucht eine verlässliche Politik, die erkennbar aus der Krise steuert und den Rahmen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze setzt.



Ampel-Vorschlag zur Wahlrechtsreform: Lied der Partei



Der Bundestag ist zu groß. Mit einer ersten Reform in der vergangenen Legislaturperiode konnten wir sein Anwachsen zwar wirksam dämpfen, weitere Schritte sind aber zweifellos notwendig! Das Bundesverfassungsgericht hat dafür umfassende Rahmenbedingungen vorgegeben. Die Obleute von SPD, Grünen und FDP der Reformkommission im Bundestag sind - zwei Tage bevor die Kommission ihre Beratungen dazu überhaupt begonnen hat - mit einem Reformvorschlag an die Öffentlichkeit gegangen, der keinen einzigen neuen Gedanken in die Debatte einbringt und stattdessen eine echte Gefahr für

unsere parlamentarische, repräsentative Demokratie ist. Der Vorschlag legt die Axt an die Grundfesten der personalisierten Verhältniswahl, wie sie im Grundsatz bereits von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes während der Beratungen des Parlamentarischen Rates 1948/1949 angelegt wurden. Eines der Kernelemente unseres Wahlsystems lautet, dass in jedem Wahlkreis ein Abgeordneter direkt gewählt wird und zwar der Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. SPD, FDP und Grüne negieren diesen Grundsatz mit ihrem Reformvorschlag und verabschieden sich zugleich vom Konzept der Direktwahl. Sie schaffen ein System der reinen Parteienwahl. Das vermeintliche Element der Personalisierung ist Augenwischerei. Die Personenstimme wird zu einem Personalisierungselement der Landesliste degradiert, was zudem zu Friktionen im System der Listenmandate führt. So würden Listenmandate verdrängt, wenn aufgrund der "Ersatzstimme" der Partei plötzlich Wahlkreismandate zugeschrieben werden, die ihr eigentlich nicht zustehen. Es wird auch nicht dem verfassungsrechtlichen Anspruch gerecht, den die Direktwahl bisher gewährleistet: Die Ausübung des passiven Wahlrechts als parteiunabhängiger Kandidat und aus eigener Kraft. Der Reformvorschlag erfüllt nicht die Anforderungen an die folgerichtige Ausgestaltung von Teilelementen des Wahlsystems, wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat. Systemisch handelt es sich bei dem Vorschlag weiterhin um zwei Teilsysteme. Im Teilsystem der Personenwahl soll mit der "Personenstimme" der Wahlkreisabgeordnete bestimmt werden. Dann gilt jedoch auch die Anforderung, dass die Stimmenhöchstzahl zum Erfolg führen muss. Mit dem Reformvorschlag wird dies negiert, sodass die verfassungsrechtlichen Anforderungen der Erfolgchance sowie des Erfolgswerts in unzulässiger Weise verletzt werden. Es ist zudem ein Bären dienst an der Demokratie, wenn dem erfolgreichen Wahlkreisbewerber das Mandat nicht zuerkannt wird, die betreffenden Wähler also am Ende des Wahlaktes feststellen müssen, dass ihr Wählervotum missachtet wird. Dies wird am Ende zu Politikverdrossenheit und mangelndem Vertrauen in die demokratischen Institutionen führen. Der Wähler könnte nicht mehr absehen, welche unmittelbare Wirkung seine Stimme entfalten kann. Die Ampel nimmt all diese gravierenderen verfassungsrechtlichen Bedenken in Kauf, um das bewährte tradierte bundesrepublikanische Wahlsystem zu beschädigen und mit der reinen Parteienwahl den Weg in den Parteienstaat zu gehen.

Hartz IV: Ampel kippt das Prinzip des Förderns und Forderns

Am Donnerstag hat die links-gelbe Mehrheit im Bundestag eine Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch beschlossen, mit der die Sanktionen bei Pflichtverletzungen für Hartz-IV Bezieher für ein Jahr ausgesetzt werden. Damit gibt sie das erfolgreiche Prinzip des Förderns und Forderns auf, das Rot-Grün im Jahr 2005 eingeführt hat. Die Ampel stellt sich damit zudem offen gegen die klaren Empfehlungen der Bundesagentur für Arbeit, die sich klar für die Beibehaltung der geltenden Regelungen ausgesprochen hat. Aus ihrer Sicht bedarf es einer effektiven Handhabe, wenn Leistungsbezieher ihren Pflichten nicht nachkommen. Wenn Hartz-IV Bezieher zukünftig beispielsweise grundlos eine zumutbare Arbeit ablehnen, hat das keinerlei Konsequenzen. Mit der Aussetzung der Sanktionen schafft die Ampel faktisch die Pflicht zur Mitwirkung der Leistungsbezieher ab - ein fatales Signal an alle, die sich bemühen, und im Endeffekt nichts anderes als die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens!